

*Redetext von Karl Markus Gauß zur Gedenkfeier am 8. Mai 2026 in Braunau am Inn. Der Text wurde dem Verein für Zeitgeschichte Braunau freundlicherweise von Karl Markus Gauß zur Verfügung gestellt. Die Rechte liegen beim Autor.*

Der so genannte „Berghof“ war ein Areal in 1000 Metern Seehöhe, aus dem die Nationalsozialisten die angestammte Bevölkerung des Berchtesgadener Landes vertrieben, um Hitler ein repräsentatives, während des Krieges mit einem System von Bunkern gesichertes Anwesen zu verschaffen. Ehe die Alliierten 1945 den Berghof einnehmen konnten, hat die SS ihn niedergebrannt. Noch die verkohlten Ruinen hatten jedoch eine so starke Anziehungskraft, dass sie zum Wallfahrtsort von Nationalsozialisten wurden, die sich dort eine Art von mythischer Wiedervereinigung mit ihrem Führer erwarteten.

Um dem ein Ende zu setzen, hat die US-Army 1952 die Ruinen gesprengt. Das hielt zahllose Wanderer, die aus allen Gauen Deutschlands herbeiströmten, aber nicht davon ab, auf Trampelpfaden den Obersalzberg zu besteigen und bewegt, ergriffen in der Gegend herumzuschweifen. Daher hat die US-Army dort ein Erholungszentrum für amerikanische Soldaten eingerichtet und den Großteil des Geländes für 43 Jahre gesperrt. Rund um die Sperrzone schossen rasch Kioske aus dem braunen Boden, in denen ungeniert mit nationalsozialistischen Devotionalien gehandelt wurde.

Als die amerikanischen Soldaten abzogen, hat die bayrische Landesregierung eine bemerkenswert opportunistische Doppelstrategie

verfolgt und auf dem Obersalzberg zwar ein Dokumentationszentrum mit vier Millionen Euro finanziert, aber zugleich den Bau eines Luxushotels genehmigt, das dort um 50 Millionen Euro errichtet wurde. Das Dokumentationszentrum würde rechtsextreme Pilger abschrecken, indem es die Geschichte des Berghofes im Rahmen der nationalsozialistischen Terrorherrschaft darstelle. Das Hotel sollte hingegen mit einem Tourismus der Extraklasse Geld in die Region bringen und Gäste anziehen, von denen man offenbar meinte, dass sie schon wegen ihres Wohlstands gefeit gegen nazistische Anwandlungen wären.

Es dauerte bis 2023, dass unter dem Titel „Dokumentation Obersalzberg“ ein weit vergrößertes Museum eröffnet wurde, in dem, wer willens ist, sich informieren zu lassen und selbst zu bilden, vielfache Anregung erhält. Doch auch in der Umgebung dieses klug konzipierten, viel besuchten Museums werden in Baumrinden regelmäßig Hakenkreuze eingeritzt und zu Hitlers Geburtstag reichlich Blumen abgelegt. Der Ungeist des Ortes ist durch keine bauliche und administrative Maßnahme zu beseitigen, er kehrt wieder, womit immer er ausgetrieben werden sollte.

Als ich vor drei Jahren eine Reise durch Bosnien und die Herzegowina plante, habe ich im Internetportal TripAdvisor nachgeschaut, welche Preise für Hotels in Sarajevo zu zahlen sind. TripAdvisor listet aber nicht nur teure und billigere Unterkünfte auf, sondern bietet den Reisenden auch ein Ranking, an dem sie

ermessen können, welche Sehenswürdigkeiten sie sich in der Stadt keineswegs entgehen lassen dürfen. Die Sniper-Alley hatte es auf vier von fünf Sternen gebracht. Dabei handelt es sich um jenen Boulevard, von dessen Hochhäusern die Scharfschützen während der Belagerung der Stadt mehrere Tausend Einwohner abknallten. So beraten von TripAdvisor, suchen Touristen aus aller Welt, die begierig sind, den Hauch der Geschichte einmal in einer Todeszone zu erschnuppern, in Scharen die Sniper Alley auf, machen dort Selfies, auf denen sie in ihrem Urlaubsglück in die Kamera strahlen und stellen diese tausendfach ins Netz. Der Ort des Verbrechens trübt nicht die Freude, ihn gefunden zu haben und die Welt beglückt davon in Kenntnis zu setzen.

Wie am Obersalzberg gab es auch beim Haus in Braunau mit der Adresse Salzburger Vorstadt 15 allerlei Versuche, dem Ort seine mythische Macht zu nehmen. Der spätere Führer hatte hier zwar nur seine ersten Monate verbracht, insofern ist es völlig unangemessen, von einem „Hitler-Haus“ zu sprechen und Braunau zu seiner Heimatstadt zu erheben oder zu verdammen, und doch wurde es über Jahrzehnte von rechtsradikalen Touristen heimgesucht. Selbst als die Lebenshilfe dort für 35 Jahre eine Werkstatt und Tagesheimstätte für Menschen betrieb, wie sie von den Nationalsozialisten zu Abertausenden der Vernichtung zugeführt worden waren, schwächte das nicht die Anziehungskraft auf jene, die immer noch für den Nationalsozialismus und also für die Ermordung bestimmter

Menschengruppen schwärmen. Was tun? Wolfgang Sobotka, damals Innenminister, und Gerhard Baumgartner, Direktor des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstands, die politisch nicht oft auf einer Linie liegen mochten, haben 2016 beide empfohlen, das Haus abzureißen und etwa, wie Baumgartner vorschlug, auf der applanieren Fläche einen Supermarkt zu errichten.

Aus einem Ort sollte also ein Un-Ort werden, um das Wort des französischen Ethnologen Marc Augé aufzugreifen, ein Un-Ort, der über keinerlei Identität, Erinnerung, unterscheidbare Eigenheiten verfügt. Und daher keine Symbolkraft entfalten kann und nicht den geringsten Effekt der Wiedererkennung mehr ausübt. Damit würde der Ort, wie es hieß, endlich und endgültig „neutralisiert werden“. Die einen hofften diese Neutralisierung durch Kahlschlag zu erreichen oder durch ubiquitäre Architektur wie die eines Supermarkts; andere wiederum durch einen sich stimmig ins Bild der alten Stadt einfügenden Bau, wie er jetzt in der Vorstadt 15 zu finden ist und der als Polizeistation mit Wachzimmern, Garagen, Waffenlager dienen wird und freilich auch ein Schulungszentrum für Menschenrechte betreiben soll. Die Entscheidung für diese Verwendung begründete Innenminister Nehammer im Herbst 2019 mit den Worten: „Eine Polizeistation ist die geradezu geeignetste Nutzung, denn die Polizei ist die Hüterin der Freiheitsrechte und die Partnerin der Bürger und Bürgerinnen.“

Eine in Menschenrechten geschulte und die Freiheitsrechte verteidigende Polizei ist für die Demokratie tatsächlich eine starke Stütze, und ich gehöre nicht zu denen, die sich in einem gewohnheitsmäßigen Vorbehalt gegen die Exekutive gütlich tun. Doch muss ich in Erinnerung rufen, dass im Juli 2025 ein Camp am Peršmanhof von Polizisten gestürmt wurde, die dem Rechtsstaat verpflichtet waren und doch einer mittlerweile als unrechtmäßig erkannte Anordnung des Kärntner Landesamts für Staatsschutz und Extremismusbekämpfung Folge leisteten; behördlich angegriffen wurde bekanntlich ausgerechnet eine Gedenkstätte, die an die Ermordung von elf Kärntner Slowenen im April 1945 durch eine SS-Polizeieinheit erinnert. Im selben Jahr haben die „Jüdischen österreichischen HochschülerInnen“ von ihrem Demonstrationsrecht Gebrauch gemacht und drei Tage lang am Äußeren Burgtor in Wien gegen den Akademikerball protestiert. Auch dort rückte die Polizei aus, entfernte die Plakate der Demonstranten, stellte deren Identität fest, scheuchte sie vom Platz und zeigte sie originellerweise wegen „Volksverhetzung“ an. Diese Amtshandlung, die mittlerweile vom Verwaltungsgerichtshof ebenfalls als unrechtmäßig erkannt wurde, erfolgte übrigens auf Veranlassung eines freiheitlichen Politikers, dem der Leiter der zuständigen Einheit offenbar lieber zu Diensten war, als dass er die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger hüten mochte.

Wie auch immer. Trotz der Erfolge rechter Parteien und der vermehrten Aktivitäten rechtsextremer Gruppierungen halte ich diese

nicht für die einzige und nicht einmal für die größte Gefahr, weder was die sogenannte Gedenkkultur noch die Demokratie selbst anbelangt. Die Ewiggestrigen und die Neofaschisten, die sich vom Obersalzberg angezogen fühlen oder vor dem Haus in der Vorstadt 15 paradierten und wohl auch weiterhin als völkische Aktivisten ihre Rast einlegen werden, handeln zwar aus widerwärtigen Motiven. Man soll sie, wenn sie mit verbotenen Gebärden und Sprüchen auftreten, anzeigen und gerichtlich belangen. Die Gesetze dafür sind da.

Ich glaube aber, dass größere Gefahr als von diesen Extremisten von dem technologisch hochgerüsteten digitalen Brutalismus ausgeht, der mittlerweile den Alltag unserer ganzen Gesellschaft zu durchformen beginnt. So wird die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus im Internet längst als virtuelles Spiel angeboten, und Gedenken gerät im digitalen Raum zum interaktiven Event.

Im 81. Jahr nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Herrschaft gibt es immer weniger Zeitzeugen und Zeitzeuginnen, die vom Leben und Überleben an den Orten des Schreckens berichten können. Nun, da selbst aus jenen Verfolgten, die 1945 noch Kinder waren, Greise geworden sind, stellt sich die Frage, wie es mit der Erinnerungskultur ohne Zeitzeugen weitergehen könne. Gemäß der ideologischen und kulturellen Entwicklung unserer Tage setzen viele auf die Verheißungen der digitalen Technologie. 2017 präsentierte das Holocaust Museum and Education Center in Chicago erstmals eine

„holographisches Theater“ genannte Installation, welche den Besuchern ermöglichte, mit zwölf Überlebenden von Konzentrationslagern zu sprechen, ohne dass diese noch persönlich anwesend oder überhaupt noch am Leben sein mussten. Eine damals noch längst nicht so weit wie heute entwickelte Software ermöglichte es, aus den vielen Stunden an Interviews, die die Überlebenden einst gegeben hatten, binnen Sekunden jene Antworten zu kreieren, die zu den Fragen der nachgeborenen Besucher passten.

Tatsächlich haben sich seither viele Zeitzeugen, die um ihren nahen Tod wussten, für ähnliche Projekte zur Verfügung gestellt, zur späteren digitalen Verwendung stunden-, ja tagelang davon berichtet, was sie gesehen und erlitten hatten, und von sich selbst einen Avatar herstellen lassen. Die Präsentation von Menschen, die nicht mehr leben, als gleichsam ewige Zeitzeugen, ist mittlerweile vielenorts zum musealen und volksbildnerischen Standard geworden.

Wie es der rasanten technologischen Entwicklung entspricht, hat sie bei der achtbaren, der rettenden digitalen Aufbereitung von Zeugenschaft keineswegs Halt gemacht. Mittlerweile beflügelt das Zauberwort „Immersion“ die digitale Gestaltung von Geschichte, und gerade auch der Geschichte des Nationalsozialismus. Immersion heißt „Eintauchen“, die Zuseher und Zuhörer sollen nicht allein mit Informationen aus ursprünglich erster, freilich mittels KI vermittelter Quelle versorgt werden, sondern in das, wovon sie hören und sehen, also in Verbrechen, Demütigungen, Entmenschlichung

geradezu eintauchen können, auf dass sie von den Emotionen, die dies in ihnen weckt, fortgerissen werden.

Da sich viele Menschen rationaler Erklärung, historischer Forschung, aufklärender Vermittlung verweigern, soll es ihnen technologisch ermöglicht werden, „Geschichte“ gleichsam spielerisch zu erleben. „Zeitreisen“ in die Welt der Pharaonen oder der Wikinger sind schon längst in TV-Dokumentationen und Videospielen populär, und diese zur „history“ ästhetisierte Geschichte braucht bei den Kriegen der Vorzeit ja nicht stehen zu bleiben: Warum also nicht in der virtuellen Realität reales Grauen vermeintlich nacherlebbar machen und Zuseher, ausgestattet mit 3D-Brillen, vor der Leinwand in die Rollen von KZ-Häftlingen schlüpfen lassen?

Der Versuch, das Grauen im ästhetischen Spiel nachvollziehbar zu machen, kann schockhaft zur Identifikation mit den Verfolgten führen; aber er trägt nichts zum Verständnis bei, wie es zum Nationalsozialismus kommen konnte, woran ähnliche oder andere autoritäre Tendenzen heute zu erkennen sind und für morgen zu verhindern wären. Über den filmischen Horror, aus dokumentarischen Versatzstücken zusammengestückelt, lässt sich die Geschichte nicht sinnvoll mit der Gegenwart verbinden und für die Gegenwart nichts aus der Geschichte lernen.

Es ist richtig, dass kathederhafte Vorträge über Menschheitsverbrechen nicht nur Schüler ermüden, sondern auch viele Erwachsene nicht erreichen. Die Propagandisten der Virtual Reality

und KI versprechen, eine ganz neue Form von Bildung zu bieten, die selbst Bildungsferne, Bildungsmüde mit einem ihnen sonst verschlossenen Wissen ausstatten werde. Aber diese Nutzung der KI bietet kein Wissen, sondern tendiert vielmehr dazu, Bildung selbst überflüssig zu machen. Aufklärung war und wird immer ein Prozess bleiben, in dem man lernen muss, Argumente abzuwägen, Konstellationen zu identifizieren und nach und nach von den Dingen mehr zu verstehen; die KI, wie sie in der „Holocaust Education“ eingesetzt wird, strebt keine Aufklärung an, sondern allenfalls emotionale Überwältigung.

Sie ersetzt die Auseinandersetzung mit der Realität durch deren virtuelle Simulation, die wir für die wahre Realität nehmen sollen, so wie die Avatare dereinst als jene Menschen gelten mögen, in denen wir Sterblichen die Unsterblichkeit erreichen.

Wenn in den nächsten Wochen das Polizeizentrum in der Braunauer Vorstadt 15 eröffnet, wird sich davor auch weiterhin jener Mahnstein befinden, der seit 1989 dort mit der gemeißelten Inschrift steht: „Für Frieden, Freiheit und Demokratie. Nie wieder Faschismus. Millionen Tote mahnen.“ Das Innenministerium, das den Ort architektonisch neutralisieren wollte, hatte folgerichtig geplant, den Mahnstein zu entfernen und im Haus der Geschichte im fernen Wien zu entsorgen, in dem ihn nur jene zu sehen bekämen, die sich aus dem öffentlichen Raum freiwillig in die besonderen Räume eines Museums

begeben. Als wäre das Museum der einzig akzeptable Ort, sich mit den düsteren Seiten unserer Geschichte zu konfrontieren!

Es waren empörte Einwohner von Braunau, die sich dagegen wehrten, dass der Mahnstein, der ein Zeichen dafür ist, dass die Geschichte nicht neutralisiert und die Auseinandersetzung mit ihr nicht ad acta gelegt werden darf, ins Irgendwo verschoben werde. Denn es soll zwar viele Stätten geben, an denen über Krieg und Frieden, die Gefahren, die der Zivilisation drohen, und die Chancen, die sich der sozialen Gestaltung der Zukunft bieten, debattiert werden möge. Und es sollen für die Zeugenschaft auch alle sinnvollen Möglichkeiten genutzt werden, die die digitalen Medien bieten. Aber es bleiben doch konkrete Ort und Menschen, die an diesen persönlich anwesend sind, auf die wir nicht verzichten können, wenn wir uns nicht mit einem rhetorischen Niemals wieder! zufriedengeben wollen.